

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

Der fragwürdige Beitrag von Jugendstudien zur Analyse von Trends in der politischen Kultur

Datum der Zweitveröffentlichung: 02.05.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-593024

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Der fragwürdige Beitrag von Jugendstudien zur Analyse von Trends in der politischen Kultur. In: Jahrbuch Jugendforschung. Merkens, Hans; Zinnecker, Jürgen (Hg). Opladen : Leske + Budrich, 2001. S. 187-210. DOI: 10.1007/978-3-322-99474-5_9.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Ursula Hoffmann-Lange

Der fragwürdige Beitrag von Jugendstudien zur Analyse von Trends in der politischen Kultur¹

The Questionable Contribution of Youth Studies to the Analysis of Trends in Political Culture

Zusammenfassung: Die meisten Jugendstudien enthalten Fragen zu politischen Orientierungen und die Publikationen über diese Studien verstehen sich in der Regel auch als Beitrag zur politischen Kulturforschung. Der vorliegende Aufsatz weist auf verschiedene Fehler, die typischerweise bei der Interpretation der in Jugendstudien erhobenen politischen Einstellungen gemacht werden. Anhand von Längsschnittdaten und im Generationsvergleich wird gezeigt, wie irreführend die in einzelnen Studien ermittelten Randverteilungen sein können. Ein seriöser Umgang mit den erhobenen Daten erfordert daher, dass man sich der möglichen Fehlerquellen bewusst ist, und setzt Kenntnisse über die Ergebnisse der politischen Kulturforschung und über Einstellungstrends in der Gesamtbevölkerung voraus.

Abstract: German youth surveys regularly include at least some questions on political beliefs, and the authors of youth studies tend to use their data for inferring trends in political culture. This article discusses several typical errors made in data interpretation. Using longitudinal data and comparing different generations, it shows how misleading the marginals of youth surveys can be as far as trends in political culture are concerned. An appropriate interpretation of the results presupposes awareness of these potential fallacies and sufficient knowledge of the body research on political culture as well as information on attitudinal trends in the population at large.

Einleitung

In Deutschland ist es üblich, stets voller Besorgnis die aktuellen Trends in den politischen Orientierungen der Jugend zu verfolgen, um daraus Schlüsse auf die Zukunft der deutschen Demokratie abzuleiten. Repräsentative Jugendstudien, die beanspruchen, zu dieser Frage Erkenntnisse beizusteuern, erfreuen sich daher einer großen Resonanz in der Öffentlichkeit (vgl. Aller-

1 Die Durchführung der dem vorliegenden Beitrag zugrundeliegenden Analysen wurde durch die Universität Bamberg finanziell unterstützt. Die den Tabellen und Abbildungen zugrundeliegenden Analysen wurden von Frau Barbara Evers durchgeführt, der an dieser Stelle ausdrücklich gedankt sei.

beck/Hoag 1985, 9ff.). Dies gilt allerdings in der Regel nur, sofern solche Studien mit dramatischen Ergebnissen aufwarten, die als Anzeichen für einen Niedergang in der politischen Kultur interpretiert werden können und die dann regelmäßig Anlass zu besorgten Kommentaren von pädagogischer und journalistischer Seite sind. Dabei haben in jüngster Zeit vor allem zwei Entwicklungen im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden, nämlich einmal die angeblich unter den Jugendlichen grassierende Politikverdrossenheit sowie die Frage nach der Anfälligkeit Jugendlicher für Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

So konstatiert beispielsweise die jüngste Shell-Jugendstudie von 1999 einen starken Rückgang des politischen Interesses seit Beginn der neunziger Jahre und eine deutliche Zunahme der politischen Entfremdung (Fischer 2000, 263ff.; vgl. auch Fischer 1997, 303ff.). Vergleichbare Ergebnisse brachte eine 1996 durchgeführte Replikationsbefragung zur Shell-Jugendstudie 1991 (Pickel 1996, 90). Einen ebenfalls abnehmenden Trend weist nach den Ergebnissen dieser Studien die Demokratiezufriedenheit auf.

Mögliche Fehlschlüsse bei der Interpretation der Ergebnisse von Jugendstudien

1. Generalisierung auf der Basis von Stichproben mit begrenzter Repräsentativität
2. Vergleich der Randverteilungen von Studien mit unterschiedlicher Abgrenzung der „Jugend“population
3. Generalisierungen auf der Basis einer geringen Anzahl von Items
4. Generalisierungen werden lediglich auf die Randverteilungen eigener Erhebungen gestützt
5. Gefundene Randverteilungen werden am normativen Idealbild einer „demokratischen Persönlichkeit“ statt an den Ergebnissen anderer empirischer Studien gemessen. Im Vergleich mit anderen Studien werden „normale“ Ergebnisse aufgrund des angelegten Maßstabs als normativ problematisch interpretiert
6. Ableitung von Trends aus Querschnittdaten oder aus Zeitreihen mit lediglich zwei oder drei Erhebungszeitpunkten
7. Unterstellung generationsspezifischer Differenzen auf der Basis von Jugendstudien

Während für das politische Interesse manchmal wenigstens noch Vergleichszahlen für zurückliegende Jahre berichtet werden, ist dies bei vielen anderen Indikatoren für die Politikverdrossenheit nicht der Fall (vgl. Pickel 1996). Selbst wo Zeitreihen mit identischen Indikatoren aus anderen Studien prinzipiell zur Verfügung stünden, beschränkt sich die Darstellung in der Regel auf eigene frühere Erhebungen. Nun ist ein solches Vorgehen zwar durchaus verständlich, denn die Publikationen dienen natürlich in erster Linie der Darstellung der mit viel Aufwand erhobenen eigenen Daten. Andererseits leiten die

Jugendforscher aus ihren Ergebnissen aber häufig ungerechtfertigte Schlüsse ab, die weit über die tatsächliche Aussagekraft der Daten hinausgehen. Dies geschieht in der Regel durchaus in wohlmeinender Absicht: Der Politik wird unterstellt, sie tue zu wenig für die Jugend, und so wird argumentiert, dass es angesichts einer unzulänglichen Jugendpolitik aus Sicht der Jugendlichen nur konsequent ist, wenn sie der Politik und den Politikern distanziert gegenüberstehen. Jugendsoziologische Publikationen sind daher – so sehr man ihnen in anderer Hinsicht eine positiv-aufklärerische Funktion über Entwicklungen in den Lebensverhältnissen und der Alltagskultur Jugendlicher attestieren muss – häufig von eingeschränkter Zuverlässigkeit, soweit es um politische Einstellungstrends geht. Die folgenden sieben Fehlschlüsse sind hierfür typisch.

Erstens sind nicht alle durchgeführten Jugendstudien repräsentativ für die Gesamtheit der Jugendlichen. Vielfach ist die Erhebung aus finanziellen Gründen oder aufgrund des exploratorischen Charakters einer Studie (z.B. bei psychologischen Untersuchungen) auf eine bestimmte Region beschränkt. Bei solchen Studien ist natürlich zunächst zu fragen, inwieweit die einbezogene Region von ihrer sozioökonomischen Struktur her repräsentativ ist. Es liegt auf der Hand, dass eine in einer Großstadt wie Berlin durchgeführte Erhebung nur bedingt Generalisierungen zulässt, da in Großstädten das Bildungsniveau höher ist und problematische Wohnquartiere häufiger sind als auf dem Land. Angesichts der nach wie vor beträchtlichen Unterschiede in den Lebensbedingungen und politischen Orientierungen in Ost- und Westdeutschland sind zudem auch Generalisierungen auf der Basis von Studien problematisch, die auf das Gebiet der alten oder der neuen Bundesländer beschränkt sind. Aber selbst innerhalb der alten und der neuen Bundesländer sind die Unterschiede noch gravierend, wie eine Repräsentativstudie von Stöss/Niedermayer für das rechtsextremistische Einstellungspotenzial zeigte (1998, 12). Dies ist bei der Interpretation der Randverteilungen von Einstellungsvariablen solcher Studien zu berücksichtigen.

Regionale Differenzen können sogar die Zusammenhänge zwischen Variablen betreffen. Beispielsweise war in der Zeit unmittelbar nach der deutschen Vereinigung der Zusammenhang zwischen der Identifikation mit dem eigenen Landesteil und mit Gesamtdeutschland in den neuen Bundesländern negativ, in den alten dagegen positiv (vgl. Westle 1999, 172). Vergleichbares galt für den Zusammenhang zwischen dieser Identifikation und nationalistischen Einstellungen (Westle 1995, 231f.). Generalisierungen auf der Basis eingeschränkter Stichproben sind daher immer problematisch. Dem sollte zumindest dadurch Rechnung getragen werden, dass zusätzlich regional nicht beschränkte Vergleichsdaten herangezogen werden, um die Generalisierbarkeit der in der Stichprobe gefundenen Randverteilungen abzusichern.

Eine zweite Fehlerquelle liegt in der unterschiedlichen Abgrenzung der einbezogenen Altersgruppen. Die Definition von „Jugend“ reicht in verschiedenen Jugendstudien von 12 bis 29 Jahren, wobei zudem die Anzahl der einbezogenen Jahrgänge stark variiert. Die Ausweitung des Jugendbegriffs auf junge Erwachsene ist auf die – durch die Bildungsexpansion bedingte – Ver-

längerung der Jugendphase (Postadoleszenz; erweitertes Jugendmoratorium) zurückzuführen (vgl. u.a. Zinnecker/Molnár 1988). Daher werden in den neueren Jugendstudien meist auch junge Erwachsene bis zum Alter von 29 Jahren einbezogen (z.B. Gille et al. 1998; Hoffmann-Lange 1995; Jugendwerk der Deutschen Shell 1992; Schmidtchen 1983; SINUS 1983). Gleichzeitig haben Jugendforscher auch eine Akzeleration der selbstständigen Urteils- und Geschmacksbildung in persönlichen wie auch politischen Fragen konstatiert. Aus diesem Grunde wurden in der Shell-Jugendstudie 1991 Jugendliche schon ab 13 Jahren berücksichtigt. In der Shell-Jugendstudie von 1996 wurde die untere Altersgrenze sogar auf 12 Jahre gesenkt, während gleichzeitig aber die obere wieder auf 24 Jahre herabgesetzt wurde (Jugendwerk der Deutschen Shell 1997, 392).² In der jüngsten Shell-Jugendstudie wiederum wurde die Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren einbezogen (Fritzsche 2000, 353f.).

Diese unterschiedlichen Altersabgrenzungen von „Jugend“ sind für den Vergleich zwischen Umfragen natürlich von zentraler Bedeutung, da Lebensgewohnheiten, Wertorientierungen und Einstellungen in der Jugendphase einem raschen Wandel unterliegen. Dies gilt nicht zuletzt für politische Einstellungen. Wie Querschnittuntersuchungen zeigen, steigt das Interesse an politischen Fragen in dieser Lebensphase deutlich an, mit einem markanten Sprung nach dem 14. Lebensjahr. In der Shell-Jugendstudie von 1996 gaben in der jüngsten Gruppe der 12- bis 14jährigen nur 14% der Befragten an, sich für Politik zu interessieren, in der nächstälteren Gruppe der 15- bis 17jährigen waren es bereits 30% und bei den 22- bis 24jährigen 41% (Fischer 1997, 306). Dabei ist mit 24 Jahren der Endpunkt noch nicht erreicht, sondern das politische Interesse steigt auch danach noch bis über das 30. Lebensjahr hinaus an (vgl. Gille et al. 1998, 151f.; Hoffmann-Lange/de Rijke 1996, 576). Vergleiche über die Zeit machen von daher nur einen Sinn, wenn die einbezogenen Altersgruppen konstant gehalten werden.

Ein dritter Fehler, der häufig begangen wird, sind überpointierte Generalisierungen auf der Basis einer kleinen Zahl von Indikatoren. In den meisten Jugendstudien werden politische Einstellungen nur am Rande mit erfragt und dementsprechend durch wenige Fragen abgedeckt. Manche Jugendforscher neigen zudem aufgrund ihres Selbstverständnisses als Fürsprecher der jungen Generation dazu, hierfür hauptsächlich solche Items auszuwählen, in denen negative Haltungen gegenüber der Politik artikuliert werden. Die gefundenen Randverteilungen für diese Items werden dann umstandslos als Beleg für eine grassierende Politikverdrossenheit der Jugendlichen interpretiert und mit stark normativen Untertönen in die Öffentlichkeit getragen. So konstatierte

2 In einer zweiten Replikationsuntersuchung zur Shell-Jugendstudie von 1991 blieb die Altersabgrenzung dagegen konstant (Silbereisen et al. 1996, 369ff.). Viele andere Jugendumfragen waren zudem im Hinblick auf die erfasste Altersgruppe noch erheblich restriktiver, wie z.B. die Jugendbefragung von Allerbeck/Hoag, in der nur 16- bis 18-Jährige berücksichtigt wurden, oder die Studie von Günther (1982; 14-19 Jahre). Aus Kostengründen werden schließlich Jugendbefragungen auch oft in Schulen durchgeführt, womit sich die obere Altersgrenze automatisch auf etwa 19 Jahre reduziert.

beispielsweise Kühnel auf der Basis von fünf in der Shell-Jugendbefragung von 1991 enthaltenen Items ein „erstaunlich hohes Ausmaß an Entfremdung gegenüber den politischen Institutionen und ihren Vertretern“ (1992, 60). Noch drastischer resümiert Fischer seine Analyse der in der Shell-Studie von 1996 erhobenen politischen Einstellungen: „Diese Zusammenhänge zeigen auf, daß ein erlebtes Desinteresse der Politik an der Jugend verbunden mit dem Gefühl, daß die Erwachsenengeneration die Bedürfnisse der Jugendlichen unberücksichtigt lässt, zu politischer Entfremdung führt“ (1997, 319f.). Und unter umgekehrten politischen Vorzeichen sprach Veen (1986) von einer „Erosion des institutionellen Bewusstseins“ der jüngeren Generation. Tatsächlich ist die empirische Basis für so weitreichende Schlussfolgerungen in der Regel nicht ausreichend, und Generalisierungen auf der Basis einzelner Items werden der Differenziertheit der politischen Einstellungen junger Menschen nicht gerecht.

Ein vierter Fehler ist in der verbreiteten Tendenz zu suchen, Generalisierungen lediglich auf die Ergebnisse der eigenen Studie(n) zu stützen. Zwar weiß jeder empirische Forscher um die statistischen Unzulänglichkeiten von Stichprobenerhebungen. Entsprechende Einschränkungen hinsichtlich der statistischen Zuverlässigkeit der eigenen Daten werden jedoch in den Publikationen meist nicht besonders deutlich artikuliert. Bestenfalls wird die Repräsentativität der eigenen Untersuchung anhand weniger demographischer Variablen wie Alterskomposition, Geschlecht und Bildungsniveau überprüft. Und nur sehr selten wird in Rechnung gestellt, dass die statistischen Vertrauensintervalle, in deren Bandbreiten die in einer Umfrage gefundenen Einstellungen vom tatsächlichen Wert abweichen können, selbst bei idealer Stichprobenausschöpfung in der Regel mit einem Unsicherheitsfaktor von mindestens drei Prozent in jeder Richtung behaftet sind. Bei effektiven Ausschöpfungsquoten von bestenfalls 70%, wie sie heute üblich sind, ist daher mit erheblichen Verzerrungseffekten zu rechnen. Dieses Problem ist bei Quotenerhebungen, bei denen die Interviewer einen beträchtlichen Spielraum bei der Auswahl ihrer Befragungspersonen haben, noch erheblich gravierender (vgl. Hoag 1986).³ Hier kann lediglich der Rückgriff auf Vergleichszahlen aus anderen Umfragen helfen. Da meist keine parallelen Jugendstudien verfügbar sind, muss man dabei in der Regel auf Repräsentativbefragungen für die Gesamtbevölkerung zurückgreifen, in denen wiederum aufgrund beschränkter Stichprobengrößen die Fallzahlen für die jüngeren Altersgruppen meist gering und die Ergebnisse für diese Untergruppen daher mit einem hohen statistischen Zufallsfehler behaftet sind. Glücklicherweise sind inzwischen einige kumulierte Datensätze mit teilweise sehr großen Fallzahlen verfügbar, die

3 Dies wirft auch Probleme bei der Interpretation von Veränderungen über die Zeit auf. So ist es durchaus fragwürdig, bei einer Zunahme von kaum mehr als einem Prozentpunkt einen „starken Anstieg“ in der Distanz Jugendlicher zur Politik zu konstatieren (vgl. Fischer 2000, 270).

brauchbare Vergleiche ermöglichen, v.a. der ALLBUS und die Politbarometer.⁴

Die im nächsten Abschnitt vorgestellten Anteilswerte für das politische Interesse zeigen darüber hinaus, wie groß die Abweichungen in den Randverteilungen zu einzelnen Variablen selbst bei Umfragen sein können, die im selben Jahr durchgeführt wurden, ohne dass es möglich wäre, der einen oder anderen Studie größere Akkuratessse zu attestieren. Die Existenz solcher Abweichungen legt es daher nahe, Randverteilungen grundsätzlich mit einer gewissen Skepsis zu begegnen.

Fünftens tendieren die Jugendforscher aufgrund ihrer meist unzulänglichen Kenntnis der Ergebnisse politischer Einstellungsforschung dazu, die in ihren Jugendbefragungen gefundenen Einstellungen am Idealbild einer „demokratischen Persönlichkeit“ zu messen, dem in der Realität bestenfalls kleine Minderheiten von Jugendlichen entsprechen. Politik hat nun einmal für die meisten Menschen einen geringen Stellenwert. Zudem lassen sich überall und zu allen Zeiten ein hohes Maß an Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz sowie Unterstützung für Law-and-Order-Parolen feststellen. Aufgrund ihrer mangelnden Vertrautheit mit diesen Ergebnissen finden wohlmeinende Pädagogen und Journalisten die entsprechenden Randverteilungen aber häufig schockierend. Dementsprechend garnieren sie ihre Interpretation der in Jugendstudien gefundenen Anteilswerte vielfach mit Wertungen wie „alarmierend“, „zu Besorgnis Anlass gebend“ usw. und leiten aus ihnen möglicherweise sogar einen „dringenden“ Maßnahmenbedarf ab (so z.B. Merckens/Steiner/Wenzke 1997, 125ff.).

An sechster Stelle ist zu nennen, dass aus einzelnen Querschnittuntersuchungen häufig zumindest implizit Trendaussagen abgeleitet werden. Typischerweise wird dabei unterstellt, früher hätten die Einstellungen Jugendlicher anders ausgesehen und besser den Erwartungen der Forscher entsprochen.

Siebtens wird schließlich üblicherweise ebenfalls automatisch und ungeprüft unterstellt, dass die Einstellungen der Erwachsenen anders aussehen als die der Jugendlichen.

Leider gibt es bislang nur sehr wenige Studien, die eine empirisch abgesicherte Bestimmung von Trends in der politischen Kultur Jugendlicher in Deutschland erlauben. Die meisten Untersuchungen haben sich bestenfalls auf zwei bis maximal vier Erhebungszeitpunkte gestützt (Allerbeck/Hoag 1985; Deutsche Shell 2000; Jugendwerk der Deutschen Shell 1985, 1997) und ihre Aussagekraft ist daher beschränkt. Aufgrund der Nicht-Kumulativität der verfügbaren Jugendstudien ist es zudem nur bedingt möglich, dieses Manko durch eine Sekundäranalyse älterer Umfragen zu beheben, denn sowohl die Fragestellungen als auch die eingesetzten Messinstrumente wurden vielfach von Studie zu Studie geändert. Vergleichbare Probleme bei der Un-

4 Leider wird in den neueren Politbarometern das Alter bzw. Geburtsjahr nicht mehr exakt, sondern nur noch gruppiert erfasst, was die Brauchbarkeit dieser Studien für Generationsvergleiche stark einschränkt.

tersuchung politischer Einstellungstrends dürfte es auch in anderen Ländern geben. In Deutschland stehen sie jedoch in besonders krassem Missverhältnis zur schier unübersehbaren Fülle von Jugendumfragen, die beanspruchen, die jeweils neuesten Trends ermittelt zu haben.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Untersuchung langfristiger Trends in der politischen Kultur Jugendlicher ein methodisch komplexes Unterfangen ist, das Längsschnittdaten und den Vergleich verschiedener Altersgruppen und Jahrgangskohorten erfordert. Dies sollte für jeden, der mit empirischen Daten umgeht, eigentlich selbstverständlich sein, wird jedoch aus mehreren Gründen nicht immer beachtet. Einmal haben die meisten Forscher einen natürlichen Hang dazu, die Bedeutung ihrer empirischen Ergebnisse durch Dramatisierung zu unterstreichen. Zum anderen ist Jugendsoziologen und Pädagogen häufig ein normatives Verständnis ihrer wissenschaftlichen Arbeit eigen, so dass sie sich nicht mit der Erklärung empirischer Zusammenhänge zufrieden geben, sondern ihre empirischen Ergebnisse immer auch unter dem Aspekt pädagogischen Interventionsbedarfs interpretieren. Hierzu wird nicht selten die Öffentlichkeit gesucht, wo sie wiederum auf Journalisten treffen, die einerseits ein professionelles Interesse an dramatischen Resultaten haben, andererseits aber in der Regel selbst nichts von empirischer Forschung verstehen und die von den Forschern angebotenen Interpretationen meist kritiklos übernehmen.

Im Folgenden werden einige Entwicklungen in der politischen Kultur der alten Bundesrepublik anhand ausgewählter Indikatoren dargestellt. Diese sind zunächst aufgrund ihres Informationswerts von Interesse, geben daneben aber auch Aufschluss über die potenzielle Größenordnung der beiden zuletzt genannten Fehlschlüsse. Die neuen Bundesländer werden dabei bewusst aus der Betrachtung ausgeschlossen, einmal weil die verfügbaren Zeitreihen bislang zu kurz sind, um daraus Trends abzuleiten, zum anderen jedoch auch, weil der zusätzliche Ost-West-Vergleich die Analyse unnötig komplizieren würde. Die Abbildungen enthalten überwiegend die Ergebnisse eigener Sekundäranalysen repräsentativer Meinungsumfragen (vgl. Liste der Datensätze im Anhang).

Trends im politischen Interesse

Die Frage nach dem Interesse an politischen Fragen ist ein ebenso einfacher wie aussagekräftiger Indikator für die subjektive Bedeutung, die dem Lebensbereich Politik zugeschrieben wird. Diese Frage wird in den alten Bundesländern seit den fünfziger Jahren routinemäßig erhoben, und die verfügbaren Daten erlauben daher Trendaussagen über einen längeren Zeitraum. Die im Folgenden präsentierten Anteilswerte stehen allerdings unter mehreren Vorbehalten. Einmal handelt es sich dabei – wie bereits erwähnt – grundsätzlich um fehlerbehaftete statistische Maße. Zum anderen variieren die genaue Frageformulierung wie auch die Antwortvorgaben zwischen verschiedenen Studien. Im ALLBUS und in den meisten politischen Meinungsumfragen wird das politische Interesse mittels einer fünfstufigen Skala erhoben, die von

„überhaupt nicht“ bis „sehr stark“ reicht. Das Institut für Demoskopie in Allensbach und die Shell-Jugendstudien verwenden demgegenüber eine dichotome Fragestellung.⁵ Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ein.

Die Zeitreihen des Instituts für Demoskopie gehen bis Beginn der fünfziger Jahre zurück und ergeben damit eine lange Trendreihe. Diese zeigt einen deutlichen Anstieg des politischen Interesses in der Gesamtbevölkerung von 1952 bis zum Beginn der neunziger Jahre. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre gingen die Werte dann jedoch deutlich zurück, von fast 60 Prozent in den Jahren 1990/91 auf nur noch 40 Prozent im März 1997 (Noelle-Neumann/Köcher 1997, 783f.).

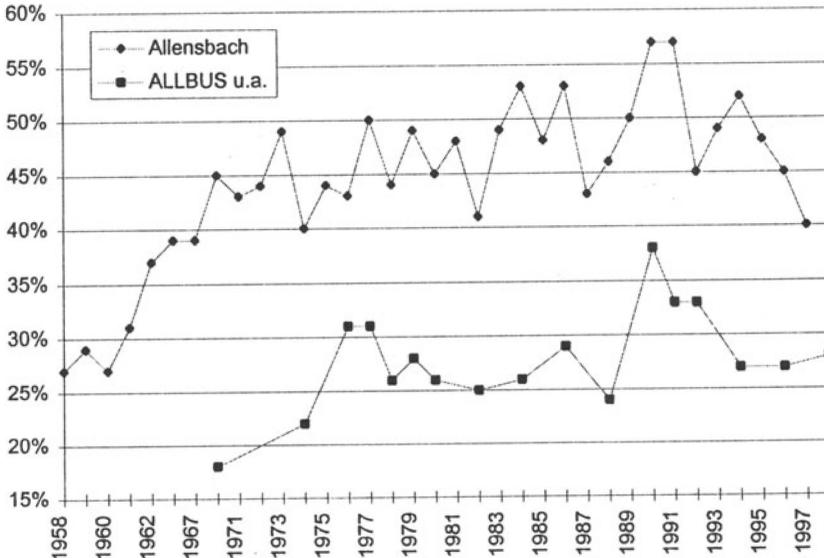
Dagegen wurde in keiner der im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung befindlichen Untersuchungen vor 1969 direkt nach dem politischen Interesse gefragt.⁶ Ab 1969 stehen jedoch verschiedene Studien zur Verfügung, in denen eine Frage nach dem politischen Interesse enthalten war. Die in diesen Studien verwendete fünfstufige Skala erbringt allerdings deutlich niedrigere Anteilswerte. Auch diese Datenreihe indiziert einen ansteigenden Trend, der allerdings aufgrund des späteren Beginns weniger ausgeprägt ist. Beide Zeitreihen stimmen zudem dahingehend überein, dass der Umbruch in Ostdeutschland und die deutsche Vereinigung einen enormen politischen Mobilisierungseffekt hatten, der danach aber ebenso schnell wieder verpuffte (vgl. Abbildung 1). Angesichts der großen Schwankungen in den Anteilswerten und der beträchtlichen Abweichungen auch bei zeitnahen Erhebungen, ist aber vor allem zu konstatieren, dass dieser Indikator aufgrund seiner Abhängigkeit von kurzfristigen politischen Konjunkturzyklen nur bei sehr langen Zeitreihen und häufigen Messzeitpunkten verlässliche Ergebnisse liefert.

Im Allgemeinen bleibt das Interesse an politischen Fragen bei jüngeren Menschen hinter dem der Älteren zurück. Dies hat zunächst primär lebenszyklische Ursachen, da Interesse an Politik erst im Verlauf eines längeren politischen Sozialisationsprozesses erworben wird. Außerdem stehen für junge Leute in der Regel andere Dinge im Zentrum ihres Interesses, nämlich Ausbildung, Beruf, Freundeskreis und Partnerschaft, so dass die meisten von ihnen der Politik eine geringere Bedeutung beimessen als die Erwachsenen. Leider sind in den Allensbacher Jahrbüchern die Anteilswerte für die jüngste Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) nicht durchgängig ausgewiesen, und die Daten stehen für Sekundäranalysen nicht zur Verfügung. Abbildung 2 enthält daher nur Ergebnisse der zugänglichen Datensätze für den Zeitraum seit 1969. Entgegen den Erwartungen widerlegt Abbildung 2 dabei die Annahme eines zu

- 5 Die vom Institut für Demoskopie in Allensbach verwendete Frageformulierung ist vom Wortlaut her eindeutig dichotom („Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für Politik?“), auch wenn letztlich drei Antwortkategorien berücksichtigt werden, nämlich „ja“, „nicht besonders“ und „gar nicht“.
- 6 Vorher wurde in der Regel nur nach der Häufigkeit politischer Gespräche gefragt. Dieser Indikator hängt jedoch auf individueller Ebene nicht besonders eng mit dem politischen Interesse zusammen und kann daher nicht als Ersatzindikator herangezogen werden.

allen Zeiten gültigen Lebenszykluseffekte, denn in Zeiten starker politischer Mobilisierung kann das Interesse der jüngeren Altersgruppen offensichtlich das der älteren sogar übertreffen. Abbildung 2 weist dementsprechend nicht nur starke Fluktuationen in den Anteilswerten für die Gesamtbevölkerung, sondern teilweise auch deutlich höhere Werte für die jüngeren Befragten aus.⁷

Abbildung 1: Die Entwicklung des politischen Interesses in der westdeutschen Gesamtbevölkerung



Anteilswerte: Allensbach: 'ja, interessiere mich für Politik'; ALLBUS u.a.: sehr starkes und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala

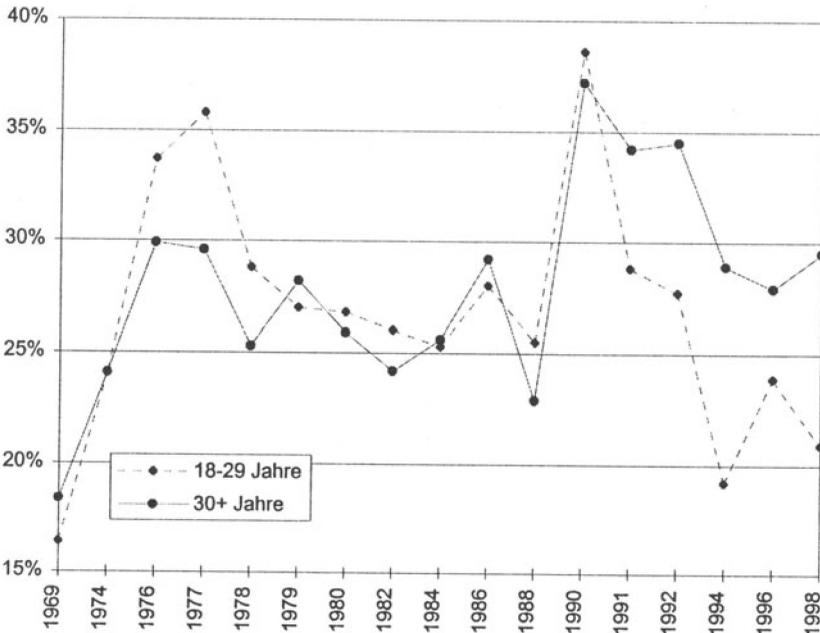
Quelle: Allensbacher Jahrbücher der Demoskopie 1958-1997; Wahlstudie 1969; Political Action 1974; ZUMA-Standarddemographie 1976-1979, ALLBUS 1980 - 1998

Der Vergleich mit der Allensbacher Zeitreihe zeigt zudem, dass eine Messreihe mit nur wenigen Zeitpunkten bei einem Indikator, der über die Zeit stark fluktuiert, einen wesentlich kontinuierlicheren Verlauf suggeriert als eine mit vielen Zeitpunkten. So schön es daher ist, dass in den Shell-Jugendstudien seit 1984 das politische Interesse Jugendlicher mit identischer Frageformulierung erhoben wird, so reichen diese Daten doch bei weitem nicht aus, die Entwicklungen im politischen Interesse der jungen Generation angemessen abzubilden. Dar-

7 Dies steht allerdings in Widerspruch zu einer Graphik im Jahrbuch der Demoskopie, in der die Kurve für die jüngste Altersgruppe bis 1983 ungefähr dem Verlauf in der Gesamtbevölkerung entsprach, wobei die Werte für die Jüngeren mit Ausnahme von 1973 durchweg etwas unter denen für die Gesamtbevölkerung lagen (Noelle-Neumann/Piel 1983, 339).

über hinaus sind die in den Publikationen über die Studien von 1996 und 1999 ausgewiesenen Graphiken für die Entwicklung des politischen Interesses seit 1984 auch insofern irreführend, als hier als Bezugspunkt nur die hohen Werte von 1984 und 1991 berücksichtigt werden. Die darin sichtbar werdende Abnahme für die alten Bundesländer seit 1991 von 57% über 47% (1996) auf 43% in der jüngsten Studie suggeriert zumindest implizit, Werte von über 50 Prozent seien normal und erst seit Beginn der neunziger Jahre sei das politische Interesse der jungen Menschen unter 50 Prozent gesunken (Fischer 2000, 263). Dabei hätte bereits ein Blick auf die EMNID-Jugendstudie von 1955 genügt, um diesen Fehlschluss zu korrigieren, denn damals war lediglich ein Anteilswert von 37% ermittelt worden. Dieser niedrige Ausgangswert wurde aber lediglich in der Publikation von 1985 erwähnt, um wiederum die dort im Zentrum stehende These einer starken Politisierung der westdeutschen Jugend zu untermauern (Zinnecker 1985b, 367). Dies zeigt die Gefahren, die einer selektiven Berücksichtigung von Ergebnissen innewohnen.

Abbildung 2: Politisches Interesse nach Altersgruppen



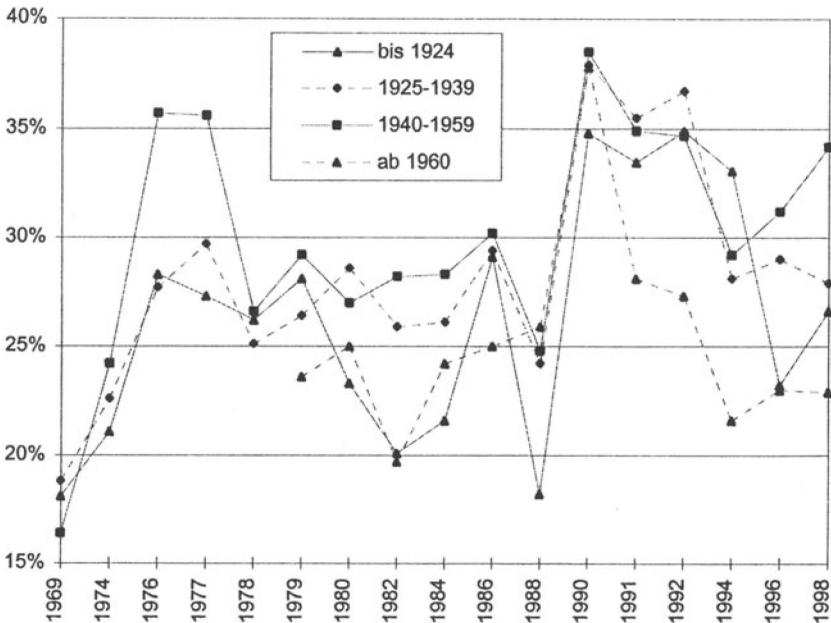
Anteilswerte: sehr starker und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala

Quelle: Wahlstudie 1969, Political Action 1974; ZUMA-Standarddemographie 1976-1979; ALLBUS 1980-1998

Schließlich ist auch noch zu berücksichtigen, dass zum Teil beträchtliche Abweichungen in den Anteilswerten selbst bei zeitnah durchgeführten Studien

existieren können. Für 1980 weist der ALLBUS beispielsweise in der Altersgruppe der 18- bis 29jährigen einen Anteilswert von 27% (über 30jährige: 26%) mit starkem bzw. sehr starkem Interesse für Politik auf. Eine im selben Jahr durchgeführte Jugendstudie von Schmidchen ergab demgegenüber einen sehr viel höheren Anteilswert für beide Populationen, nämlich 36% für die 16- bis 35jährigen und 39% für die Älteren (1983, 297). 1982 war das politische Interesse der jüngeren Altersgruppe im ALLBUS auf 26% gesunken, während die SINUS-Jugendstudie (Alter: 15-30) auf über 40% Befragte mit starkem politischem Interesse kam. 1992 schließlich lag der Anteil der Befragten mit starkem politischem Interesse im DJI-Jugendsurvey (Alter: 16-29) bei knapp über einem Fünftel, während der ALLBUS fast 28% ausweist. Und während die Shell-Jugendstudien (Alter: 15-24) einen Rückgang im politischen Interesse Jugendlicher zwischen 1991 und 1999 erbrachten, findet der DJI-Jugendsurvey (nur für die alten Bundesländer) eine Zunahme des politischen Interesses zwischen 1992 und 1997 von 21% auf 25% (Gille et al. 2000, 211). Solche Ungeheimheiten schränken die Möglichkeit der Extrapolation von Trends ein.

Abbildung 3: Politisches Interesse nach Jahrgangskohorten



Anteilswerte: sehr starkes und starker Interesse auf einer 5-stufigen Skala

Quelle: Wahlstudie 1966/9; Political Action 1974; ZUMA-Standarddemographie 1976-1979; ALLBUS 1980-1998

Der Kurvenverlauf in Abbildung 2 legt den Schluss nahe, dass die Pendelausschläge für die jüngste Altersgruppe extremer ausfallen. Unter Vorbehalt lässt sich daraus schließen, dass der Stimulationseffekt aktueller politischer Ereignisse auf die junge Generation stärker wirkt. Dies ist nicht unplausibel, wenn man bedenkt, dass die politischen Orientierungen junger Menschen noch nicht so gefestigt sind wie die der Erwachsenen. Es steht im übrigen auch im Einklang mit den theoretischen Vermutungen Hirschmans (1984) über die Existenz von Zyklen politischer Mobilisierung vor allem in der jungen Generation.

Abbildung 3 weist darüber hinaus einen deutlichen Generationseffekt aus. Sie zeigt eine starke Politisierung der Kohorte der zwischen 1940 und 1959 Geborenen in den siebziger Jahren, die sich auch im weiteren Verlauf erhalten hat. Zu fast allen Zeitpunkten liegt das politische Interesse der Angehörigen dieser Kohorte über dem der übrigen Kohorten. Dagegen zeichnet sich die Generation der ab 1960 Geborenen durch ein unterdurchschnittliches Interesse an politischen Fragen aus, das nur während des politischen Umbruchs Ende der achtziger Jahre kurzzeitig auf das Niveau der übrigen Kohorten anstieg. Die politische Mobilisierung 1989/90 erfasste also alle Kohorten gleichermaßen, was darauf hindeutet, dass das politische Interesse auch einem starken Periodeneffekt unterliegt.

Beim Generationsvergleich ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass das politische Interesse sehr stark vom formalen Bildungsniveau abhängt. Da das Bildungsniveau der jüngeren Generation aufgrund der Bildungsexpansion in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen ist (vgl. Tabelle 1), hätte man schon aus diesem Grunde eigentlich einen überproportionalen Anstieg des politischen Interesses in den jüngeren Altersgruppen erwarten müssen, während es tatsächlich unterdurchschnittlich gestiegen ist (vgl. auch Kaase 1989).⁸

Tabelle 1: Bildungsniveau nach Geburtskohorten (Spaltenprozentwerte)

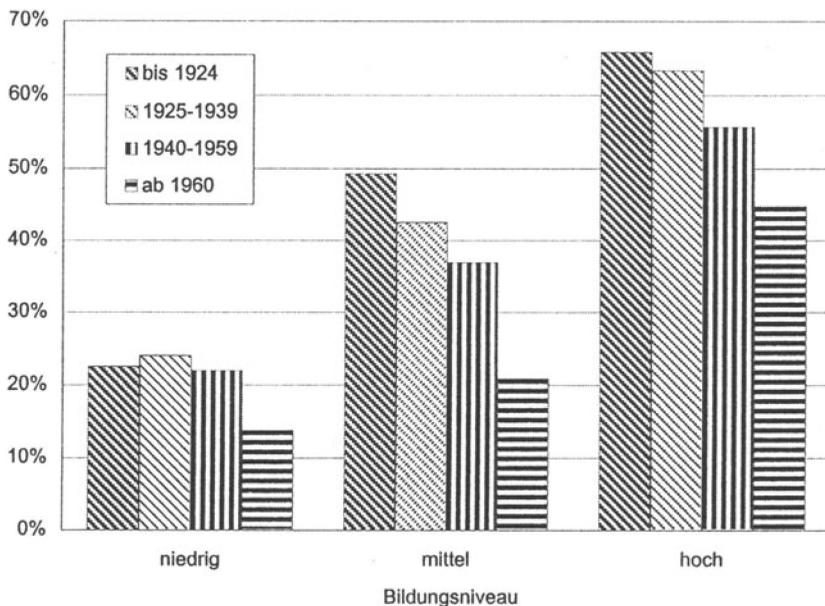
Bildungsniveau	Geburtskohorte				Insgesamt
	bis 1924	1925-1939	1940-1959	ab 1960	
Hauptschule	74	70	51	32	56
Mittlere Reife	17	18	27	34	24
(Fach-)Abitur	10	13	23	34	20

Quelle: ALLBUS 1980-1998

8 In diesem Sinne führten beispielsweise Allerbeck/Hoag den von ihnen für den Zeitraum zwischen 1962 und 1983 gefundenen Anstieg des politischen Interesses bei Jugendlichen ausschließlich auf das gestiegene Bildungsniveau zurück (1985, 134). Zinnecker konnte dagegen mittels einer nach Bildungsgruppen differenzierten Analyse zeigen, dass alle Bildungsgruppen zwischen Mitte der fünfziger und Mitte der achtziger Jahre am Anstieg des politischen Interesses partizipierten, wobei der Anstieg bei denjenigen mit dem höchsten Bildungsniveau am stärksten war (Zinnecker 1985b, 372).

Abbildung 4 gibt Aufschluss über die Auswirkung des Bildungsniveaus auf das politische Interesse für verschiedene Kohorten. Im Interesse ausreichender Fallzahlen für die Untergruppen wurden dabei die ALLBUS-Studien der neunziger Jahre zusammengefasst. Die Abbildung offenbart, dass das politische Interesse der jüngsten Generation in allen drei Bildungsgruppen deutlich niedriger liegt, aber vor allem in den höheren Bildungsgruppen stark absinkt. Dies deutet darauf hin, dass die Auswirkung der Bildungsexpansion offensichtlich durch einen „ceiling effect“ konterkariert wird, d.h. mit zunehmender Bildungsexpansion nimmt der Effekt höherer Bildung auf das politische Interesse ab. Die Prozentsatzdifferenz zwischen der untersten und der obersten Bildungsgruppe, die in der ältesten Generation noch 44 Prozentpunkte beträgt, ist in der jüngsten auf 31 Prozentpunkte gesunken.

Abbildung 4: Bildungsniveau und politisches Interesse nach Jahrgangskohorten



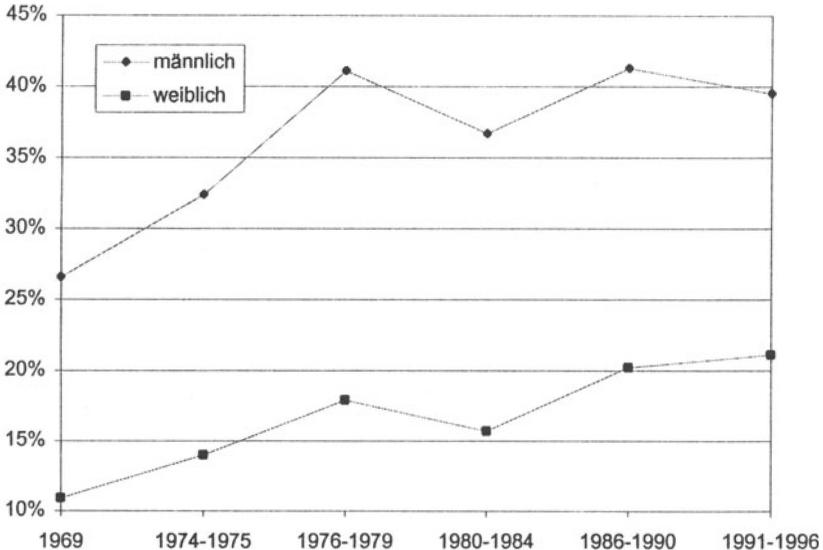
Anteilswerte: sehr starkes und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala

Quelle: ALLBUS 1990-1998

Ferner lässt sich auch eine deutliche Einebnung der Unterschiede zwischen der untersten und der mittleren Bildungsgruppe konstatieren. In der ältesten Generation liegt die Differenz zwischen diesen beiden Bildungsgruppen bei 27 Prozentpunkten, in der jüngsten aber bei nur 7 Prozentpunkten. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Mittlere Reife durch die Bildungsexpansion und die Verlängerung der Pflichtschulzeit für Hauptschüler tendenzi-

ell entwertet wurde und sich diese beiden Abschlüsse mehr und mehr angeglichen haben. Alle diese Differenzen sind übrigens bemerkenswert konstant über die Zeit. Wir haben es hier also mit einem echten Generationeneffekt zu tun.

Abbildung 5: Politisches Interesse nach Geschlecht



Anteilswerte: sehr starkes und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala

Quelle: Wahlstudie 1969; Political Action 1974; ZUMA-Standarddemographie 1976-1979; ALLBUS 1980-1996

Tabelle 2: Entwicklung des politischen Interesses nach Geschlecht in der jüngsten Geburtskohorte (Prozent mit (sehr) starkem Interesse^a)

Geburtskohorte ab 1960	Befragungsjahr		
	1980-1984	1986-1990	1991-1998
Alle Befragten: männlich	34	39	34
weiblich	14	21	16
Nach Bildungsniveau: Hauptschule			
männlich	21	22	16
weiblich	8	8	8
Mittlere Reife			
männlich	33	31	30
weiblich	13	17	11
Befragte mit Abitur			
männlich	53	60	53
weiblich	27	37	28

Quelle: ALLBUS 1980-1998

a) Fünfstufige Skala von 1=überhaupt nicht bis 5=sehr stark; ausgewiesen sind die Prozentanteile für die beiden höchsten Skalenwerte.

Neben dem Lebensalter und dem formalen Bildungsniveau hängt das politische Interesse schließlich auch noch relativ eng mit dem Geschlecht zusammen. Das geringere politische Interesse der Frauen wurde dabei lange Zeit als eine Konsequenz ihres geringeren Bildungsniveaus betrachtet. Hieraus resultierte die Erwartung, dass sich mit der Angleichung der Bildungschancen zwischen den Geschlechtern auch die Geschlechterdifferenz hinsichtlich des Interesses an politischen Fragen einebnen werde (vgl. u.a. Zinnecker 1985b, 379ff.). Wie Abbildung 5 belegt, weisen die weiblichen Befragten jedoch über die Zeit hinweg ein wesentlich geringeres politisches Interesse auf als die männlichen, obwohl sich ihr Bildungsniveau in diesem Zeitraum deutlich erhöht hat. Tabelle 2 zeigt ferner, dass dies auch auf die höchste Bildungsgruppe der jüngsten Kohorte zutrifft.

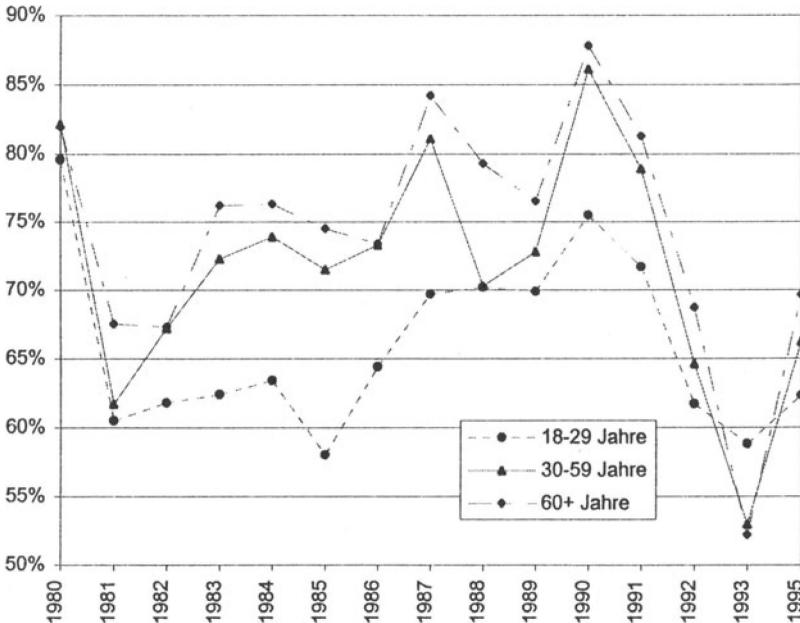
Zunahme der Parteien- und Politikverdrossenheit bei den Jüngeren?

Der relative Rückgang im politischen Interesse junger Menschen wird vielfach lediglich als Teilaspekt eines generellen Trends zur Abkehr der jüngeren Generation von der Politik interpretiert. Zwei weitere wichtige Variablen in diesem Zusammenhang sind die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland sowie das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen. Wie verschiedene Studien belegen, hat vor allem das Vertrauen in die politischen Institutionen seit den sechziger Jahren nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in den übrigen westlichen Demokratien abgenommen (vgl. Dalton 1996, 266ff.; Hoffmann-Lange 1997). Für die Demokratiezufriedenheit lässt sich dagegen bis Ende der achtziger Jahre kein langfristiger Trend konstatieren. Sie unterlag in diesem Zeitraum lediglich kurzfristigen Schwankungen (vgl. Fuchs 1989, 140). Allerdings ist sie seit Beginn der neunziger Jahre deutlich zurückgegangen, wobei aber noch nicht absehbar ist, ob es sich dabei um einen durch die Folgeprobleme der deutsche Vereinigung bedingten vorübergehenden Einbruch oder um einen längerfristigen Trend handelt (Gabriel 1997, 416).

Abbildung 6 zeigt, dass sich die Werte für die Demokratiezufriedenheit zwischen den Altersgruppen zu Beginn der achtziger Jahre auseinanderentwickelten. Die Differenz war besonders Mitte der achtziger Jahre ausgeprägt, als die Neuen Sozialen Bewegungen sich besonderer Beliebtheit erfreuten und die Grünen als neue Partei Einzug in zahlreiche Länderparlamente und den Bundestag gehalten hatten. Dies war auch die Zeit, in der die SINUS- und Shell-Jugendstudien eine beträchtliche Unzufriedenheit der Jugendlichen mit der etablierten Politik und eine Hinwendung zu alternativen politischen Gruppen konstatierten (SINUS 1983, 52ff.; Zinnecker 1985a, 99ff.). Dabei war dies aber kein jugendspezifischer Trend, denn auch in den übrigen Altersgruppen nahmen die Anteilswerte für die Demokratiezufriedenheit zu dieser Zeit ab. Nach 1985 erholten sich dann die Werte in allen Altersgruppen

wieder etwas, bevor sie nach 1990 dramatisch absanken. In der jüngsten Altersgruppe lagen die Werte einerseits immer unter denen der Älteren, und gleichzeitig war die Zunahme um 1989/90 in dieser Gruppe weit weniger ausgeprägt. Anders als beim politischen Interesse blieb die Altersdifferenz also auch im Jahr der deutschen Vereinigung beträchtlich und verringerte sich erst in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, als die Demokratiezufriedenheit auch bei den Älteren stark abnahm. Ob die Zunahme nach 1993 eine Trendwende signalisiert, ist noch offen, da seitdem erst ein Messzeitpunkt vorliegt. Die Betrachtung nach Jahrgangskohorten ergibt in dieser Frage keine zusätzlichen Aufschlüsse, da zu Beginn und Ende der Zeitreihe nur minimale Unterschiede zwischen den Kohorten existieren.

Abbildung 6: Demokratiezufriedenheit nach Altersgruppen



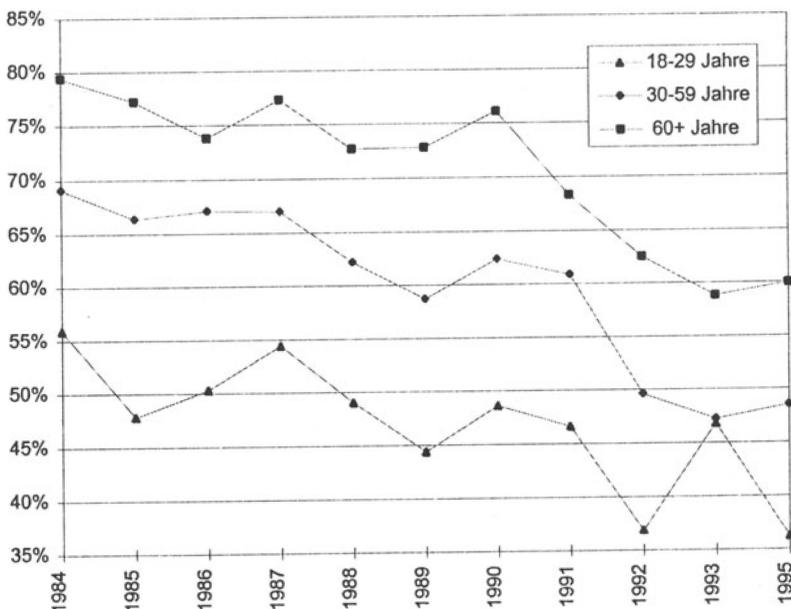
Anteilswerte: sehr zufrieden und zufrieden auf einer 4-stufigen Skala
Quelle: Polltbarometer 1980-1983; ipos-Umfragen 1984-1995

Auch im Hinblick auf das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen lässt sich ein deutlicher Alterseffekt konstatieren, der zudem über die Zeit konstant ist (vgl. Abbildung 7). Seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1984 weisen die jüngeren Befragten um etwa 20 Prozentpunkte niedrigere Vertrauenswerte auf als die älteren.⁹ Diese sind für die Bewertung der Kir-

9 Das Institutionenvertrauen wurde als additiver Index aus den Werten für zehn Institutionen berechnet. Einbezogen wurden die folgenden Institutionen, die in allen Studien

chen und der Bundesregierung am ausgeprägtesten. Die politischen Parteien, die allerdings erst 1992 in die Liste aufgenommen wurden, bilden das Schlusslicht unter den eingestuften Institutionen, wobei bei diesen aber wiederum die Differenzen zwischen den Altersgruppen geringer sind. Der Trend zeigt für alle Altersgruppen gleichermaßen nach unten, wobei die Differenz zwischen den Altersgruppen in etwa gleich geblieben ist (vgl. hierzu auch Fischer 2000, 270ff.; Gille et al. 1998, 160; Krüger 1995, 257)

Abbildung 7: Vertrauen in Institutionen nach Alter



Anteilswerte: Skalenwerte 7-11 auf einer 11-stufigen Skala; zu den einbezogenen Institutionen vgl. Fußnote 9

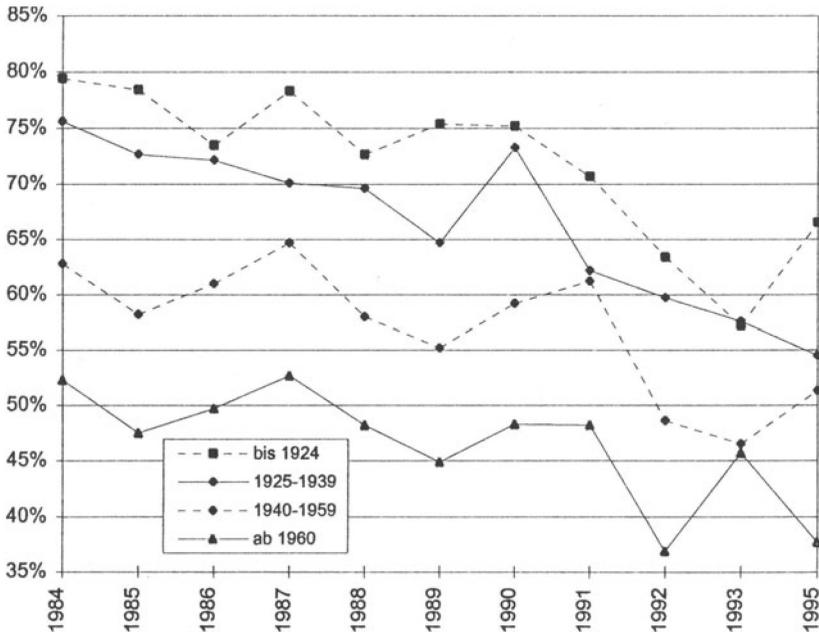
Quelle: ipos-Umfragen 1984-1995

Das gefundene Muster könnte für eine langsame, mit dem Generationswandel einhergehende Abnahme des politischen Vertrauens in Deutschland sprechen, für dessen Nachweis jedoch eine Analyse nach Altersgruppen nur bedingt geeignet ist. Erst eine kohortenspezifische Betrachtung kann dies erweisen und darüber hinaus zeigen, ob neben dem Generationseffekt auch noch ein

enthalten waren: Gerichte, Bundestag, Kirchen, Polizei, Bundesverfassungsgericht, Fernsehen, Bundesregierung, Bundeswehr, Presse, Gewerkschaften. Die ursprüngliche Skala reicht von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 11 (volles Vertrauen). Die Mittelwerte wurden in drei Kategorien (niedrig: bis 5.0; mittel: 5.1 bis 6.9; hoch: 7.0 und höher) unterteilt. Fehlende Werte wurden durch institutionenspezifische Mittelwerte ersetzt.

Periodeneffekt existiert. Beides ist tatsächlich der Fall (vgl. Abbildung 8). Denn einerseits existiert eine konstante Differenz zwischen den vier Kohorten, und zum anderen weisen die Linien für alle Jahrgangskohorten eine abnehmende Tendenz auf. Wir haben es hier also nicht nur mit intergeneratio-nellem Wandel zu tun, sondern mit einem Einstellungswandel, der alle Generationen betrifft und ganz offensichtlich durch gesellschaftliche und politi-sche Entwicklungen mitbedingt ist.

Abbildung 8: Vertrauen in Institutionen nach Jahrgangskohorten



Anteilswerte: Skalenwerte 7-11 auf einer 11-stufigen Skala; zu den einbezogenen Institutionen: vgl. Fußnote 9

Quelle: ipos-Umfragen 1984-1995

Politische Rechtstendenzen

Die seit dem Ende der achtziger Jahre stark gestiegene Zahl der Übergriffe gegenüber Ausländern sowie spektakuläre Auftritte von Skinheads in der Öffentlichkeit haben im In- und Ausland die Befürchtung geweckt, in der deutschen Jugend seien politische Rechtstendenzen auf dem Vormarsch. Bei der Bewertung dieser Vorkommnisse ist allerdings zunächst zu berücksichtigen, dass man aus der Tatsache, dass die Gewalttaten überwiegend von Jugendlichen begangen werden, nicht einfach schließen kann, die darin zum Ausdruck kommende Ausländerfeindlichkeit sei überwiegend ein Jugendphäno-

men. Denn Erwachsene neigen lediglich weniger dazu, ihre Ausländerfeindlichkeit handgreiflich zu demonstrieren. So wurde beispielsweise in der Berichterstattung über die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock 1992 vielfach erwähnt, dass die jugendlichen Täter in ihrem Handeln von umstehenden Erwachsenen ermutigt wurden.

Weiterhin ist zu bedenken, dass die Minderheit der politisch Gewalttätigen nicht notwendigerweise repräsentativ für die Mehrheit der Jugendlichen ist. Für den nicht mit repräsentativer Meinungsforschung Vertrauten, der dazu neigt, sichtbares gewalttätiges Verhalten lediglich für die Spitze eines Eisbergs zu halten, ist es zudem besonders schwer zu verstehen, dass ein Trend innerhalb einer Minderheit (sprich: vermehrte rechte Gewalttätigkeit) nicht unbedingt einen parallelen Meinungstrend in der Mehrheit (sprich: zunehmende Rechtsorientierung) impliziert. Tatsächlich können solche Trends aber sogar gegenläufig sein. Ihre Entwicklung ist daher grundsätzlich eine empirische Frage.

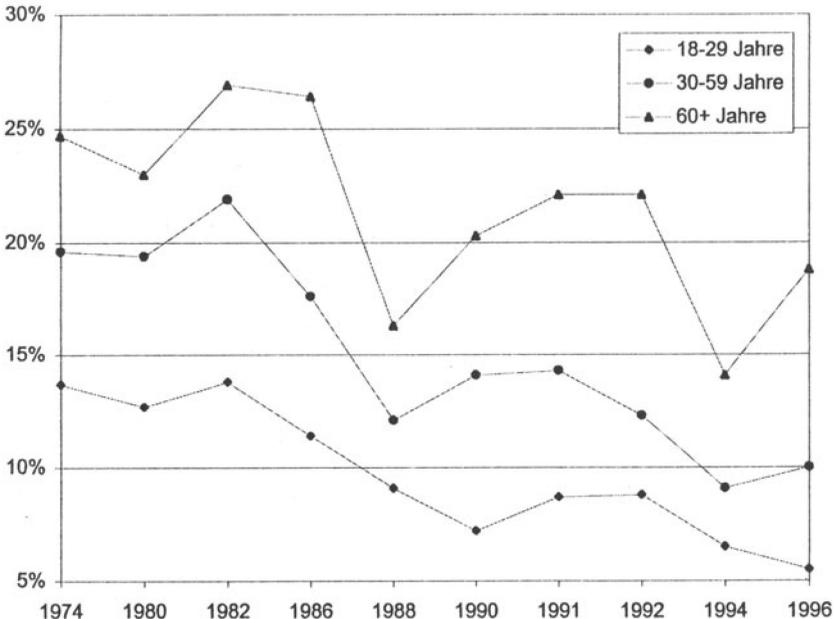
Neben der im letzten Jahrzehnt gestiegenen Zahl rechter Gewalttaten werden auch immer wieder die teilweise beträchtlichen Wahlerfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien gerade bei den jüngeren Wählern als Hinweis auf zunehmende Rechtstendenzen in der deutschen Jugend betrachtet. Allerdings waren diese Wahlerfolge meist recht kurzlebig. So konnten die Republikaner und die DVU 1989 zwar teilweise spektakuläre Erfolge (Wahl zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin, Europawahl) verbuchen, fielen aber 1990 wieder in die Bedeutungslosigkeit zurück. 1998 wiederum erhielt die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sogar satte 32% in der Gruppe der 18- bis 24jährigen. Sie konnte diesen Erfolg jedoch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und bei der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt nicht wiederholen. Letztlich unterliegt der Stimmenanteil für die Rechtsparteien also beträchtlichen Schwankungen, und dies sollte zur Vorsicht gegenüber vorschnellen Generalisierungen mahnen. Auch die Häufigkeit ausländerfeindlicher Gewalttaten verläuft in Wellen, so dass man davon ausgehen muss, dass hier Diffusionseffekte eine wichtige Rolle spielen (vgl. Willems 1993).

Repräsentativumfragen wie auch Jugendstudien haben regelmäßig ergeben, dass sich die Mehrheit der jungen Menschen in der politischen Mitte verortet. Gleichzeitig übersteigt die Zahl derjenigen, die sich selbst eine eher linke Orientierung zuschreiben, deutlich die Zahl der Rechtsorientierten. Vergleiche zwischen Altersgruppen zeigen zudem durchweg einen mit dem Alter ansteigenden Anteil rechter politischer Orientierungen (vgl. Hoffmann-Lange 1999; SINUS 1981). Zudem ist die Kristallisation rechter politischer Einstellungen bei jungen Menschen offensichtlich geringer als bei Erwachsenen (Hoffmann-Lange 1996).

Die ideologische Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala ist ein zugegebenermaßen grober Indikator für die Bestimmung der Größe des Rechtspotenzials. Andererseits hängt sie aber eng mit ausländerfeindlichen und nationalistischen Einstellungen zusammen. Die Entwicklung des Anteils der

der ideologisch Rechtsorientierten gibt daher einen realistischen Anhaltspunkt für die Entwicklung des rechten Einstellungspotenzials. Abbildung 9 enthält die Anteilswerte derjenigen Befragten, die sich selbst als deutlich rechts von der Mitte¹⁰ einstufen. Dieser hat im Zeitverlauf in allen Altersgruppen abgenommen, wobei gleichzeitig für den gesamten Zeitraum seit 1974 ein klares Altersdifferential existiert.

Abbildung 9: Befragte mit ideologischer Selbsteinstufung rechts von der Mitte nach Alter



Anteilswerte: Skalenwerte 7-10 auf einer Skala von 1=links bis 10=rechts

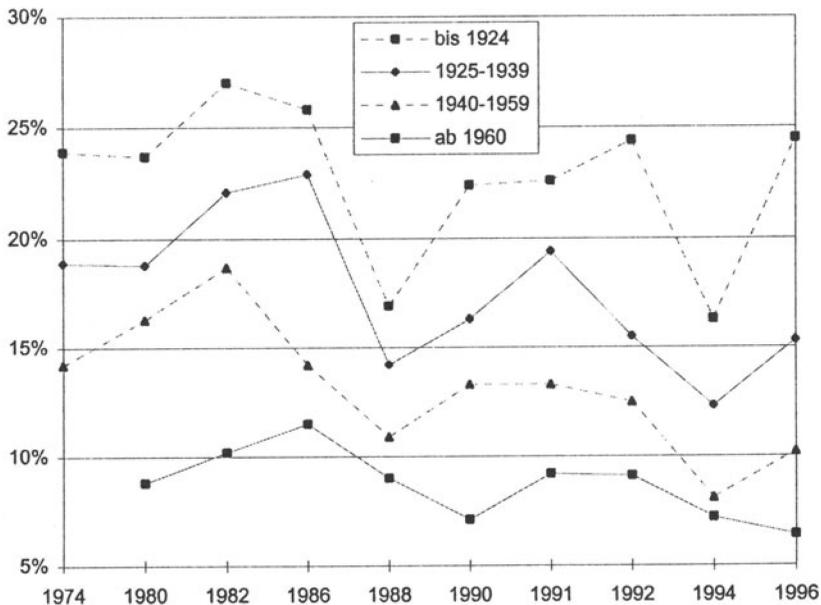
Quelle: Political Action 1974; ALLBUS 1980-1996

Auch in dieser Frage verspricht die Betrachtung nach Jahrgangskohorten einen Informationszugewinn. Sie kann zeigen, inwieweit die Differenzen zwischen den Altersgruppen auf einen Lebenszykluseffekt zurückzuführen sind, d.h. ob die verbreitete Annahme zutrifft, dass junge Menschen sich zu allen Zeiten stärker der politischen Linken zurechnen. Trotz des etwas unsteten Kurvenverlaufs ist in Abbildung 10 zu erkennen, dass es keine eindeutige Entwicklung innerhalb der einzelnen Kohorten gibt. Anders als bei der Demokratiezufriedenheit, bei der die Fluktuationen über die Zeit vor allem als Reaktion auf wahrgenommene Leistungsschwächen der Politik verstanden

10 Die zehnstufige Skala von 1=links bis 10=rechts wurde folgendermaßen unterteilt: links: 1-3, Mitte: 4-7, rechts: 8-10.

werden können, und auch anders als beim Vertrauen in Institutionen, bei dem alle Kohorten einen Abwärtstrend aufweisen, deutet der Kurvenverlauf bei der Rechtsorientierung eher darauf hin, dass die Abnahme im Aggregat in dieser Frage in erster Linie auf einen intergenerationellen Wandel zurückzuführen ist. Interessant sind dabei auch die unterschiedlichen Effekte, die die deutsche Vereinigung auf die verschiedenen Kohorten hatte. Während sie in den beiden älteren Kohorten kurzfristig zu einem Anstieg im Anteil der Rechtsorientierten führte, hatte sie kaum Einfluss auf die beiden jüngeren Kohorten.

Abbildung 10: Befragte mit ideologischer Selbsteinstufung rechts von der Mitte nach Jahrgangskohorten



Anteilswerte: Skalenwerte 7-10 auf einer Skala von 1 = links bis 10 = rechts

Quelle: Political Action 1974; ALLBUS 1980-1996

Fazit

Die längsschnittliche Betrachtungsweise hat bestätigt, wie irreführend Jugendstudien sein können, wenn es um die Ermittlung von Einstellungstrends geht. So wichtig solche Studien als Beitrag zu einer Dauerbeobachtung der Jugend sind, so wenig darf man außer Acht lassen, dass es sich bei jeder einzelnen Studie lediglich um eine Querschnitterhebung handelt, deren Ergebnisse vor allem bei Einstellungen, die wie das politische Interesse einer be-

trächtlichen Fluktuation über die Zeit unterliegen, sehr stark vom Erhebungszeitpunkt abhängen. Lediglich Längsschnittuntersuchungen, deren Ergebnisse nach Alter und Kohortenzugehörigkeit aufgeschlüsselt werden, können daher genauere Aufschlüsse über Entwicklungen in den politischen Orientierungen geben. Die Analyse hat gezeigt, dass man je nach Einstellungsbereich mit unterschiedlichen Mustern rechnen muss: mit Fluktuationen über die Zeit, die nur einzelne Altersgruppen oder Kohorten betreffen, aber auch mit Generations- und Periodeneffekten. Dass sich für keinen der berücksichtigten Indikatoren ein Lebenszykluseffekt nachweisen ließ, hat in erster Linie mit der hier untersuchten Fragestellung zu tun. Ein solcher ist offensichtlich bei politischen Einstellungen weniger relevant als bei anderen Einstellungsbereichen, die stärker vom Lebensalter abhängen.

Literatur

- Allerbeck, Klaus/Hoag, Wendy (1985): *Jugend ohne Zukunft?* München: Piper
- Dalton, Russell J. (1996): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. 2. Auflage. Chatham: Chatham House
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2000): *Jugend 2000*. 2 Bände. Opladen: Leske + Budrich
- Fischer, Arthur (1997): *Engagement und Politik*. In: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend '97*. Opladen: Leske + Budrich, 303-341
- Fischer, Arthur (2000): *Jugend und Politik*. In: *Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000*. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 261-282
- Fritzsche, Yvonne (2000): *Die quantitative Studie: Stichprobenstruktur und Feldarbeit*. In: *Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000*. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 348-378
- Fuchs, Dieter (1989): *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W. (1997): *Bürger und Politik in Deutschland*. In: *Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg, 379-497
- Gille, Martina et al. (1998): *Politische Orientierungen, Werthaltungen und die Partizipation Jugendlicher: Veränderungen und Trends in den 90er Jahren*. In: *Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik*. 2. Auflage. Neuwied: Luchterhand, 148-177
- Gille, Martina et al. (2000): *Politische Orientierungen*. In: *Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 205-265
- Günther, Henning (1982): *Die verwöhnte Generation? Lebensstile und Weltbilder 14-19jähriger*. Köln: Hanns Martin Schleyer-Stiftung
- Hirschman, Albert O. (1984): *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*. Frankfurt: Suhrkamp
- Hoag, Wendy (1986): *Der Bekanntenkreis als Universum: Das Quotenverfahren der Shell-Studie*. In: *Kölnische Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38, 123-132
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) (1995): *Jugend und Demokratie in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich
- Hoffmann-Lange, Ursula (1996): *Das rechte Einstellungspotential in der deutschen Jugend*. In: *Falter, Jürgen/Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Rechtsextremismus. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 121-137

- Hoffmann-Lange, Ursula (1997): Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 211-234
- Hoffmann-Lange, Ursula (1999): Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend? In: Gegenwartskunde, 48/1999, 365-390
- Hoffmann-Lange, Ursula/de Rijke, Johann (1996): 16jährige Wähler – erwachsen genug? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27/1996, 572-585
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1985): Jugendliche und Erwachsene '85. 5 Bände. Opladen: Leske + Budrich
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1992): Jugend '92. 4 Bände. Opladen: Leske + Budrich
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997): Jugend '97. Opladen: Leske + Budrich
- Kaase, Max (1989): Politische Einstellungen der Jugend. In: Markefka, Manfred/Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band 2. Neuwied: Luchterhand, 607-624
- Krüger, Winfried (1995): Vertrauen in Institutionen. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 245-274
- Kühnel, Wolfgang (1992): Orientierungen im politischen Handlungsraum. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Band 2. Opladen: Leske + Budrich, 59-71
- Merkens, Hans/Steiner, Irmgard/Wenzke, Gerhard (1998): Lebensstile Berliner Jugendlicher 1997. Projektbericht. Berlin: Freie Universität Berlin, Zentrum für Europäische Bildungsforschung
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.) (1997): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997. München: Saur
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Piel, Edgar (Hrsg.) (1983): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983. München: Saur
- Pickel, Gerd (1996): Politisch verdrossen oder nur nicht richtig aktiviert? In: Silbereisen, Rainer K./Vaskovics, Laszlo A./Zinnecker, Jürgen (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske + Budrich, 85-98
- Schmidtchen, Gerhard (1983): Jugend und Staat. In: Matz, Ulrich/Schmidtchen, Gerhard: Gewalt und Legitimität. Opladen: Westdeutscher Verlag, 105-437
- Silbereisen, Rainer K./Vaskovics, Laszlo A./Zinnecker, Jürgen (Hrsg.) (1996): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske + Budrich
- SINUS (1981): Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Reinbek: Rowohlt
- SINUS (1983): Die verunsicherte Generation. Opladen: Leske + Budrich
- Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998. Arbeitspapier Nr. 1 des Otto-Stammer-Zentrums. Berlin: Freie Universität Berlin
- Veen, Hans-Joachim (1986): Die neue Spontaneität – Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Wahrheit statt Mehrheit? München: Olzog, 105-123
- Westle, Bettina (1995): Nationale Identität und Nationalismus. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 195-243
- Westle, Bettina (1999): Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich
- Willems, Helmut (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Opladen: Leske + Budrich
- Zinnecker, Jürgen (1985a): Beziehungen zwischen jüngerer und älterer Generation im Urteil von Jugendlichen und Erwachsenen. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugendliche und Erwachsene '85, Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 67-104

- Zinnecker, Jürgen (1985b): Politik, Parteien, Nationalsozialismus. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugendliche und Erwachsene '85, Band 3. Opladen: Leske + Budrich, 321-408
- Zinnecker, Jürgen/Molnár, Péter (1988): Lebensphase Jugend im historisch-interkulturellen Vergleich: Ungarn 1985 – Westdeutschland 1954 – Westdeutschland 1984. In: Ferchhoff, Wilfried/Olk, Thomas (Hrsg.): Jugend im internationalen Vergleich. München: Juventa, 181-206

Anhang

Verwendete Datensätze

- ALLBUS 1980-1996: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Kumulierter Datensatz. ZA-Nummer 1795
- ALLBUS 1998: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Kumulierter Datensatz. ZA-Nummer 3000
- ipos-Umfragen 1984-1995: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik. Kumulierter Datensatz. ZA-Nummer: 2966
- Politbarometer 1980-1983: Kumulierte Datensätze (Primärforscher: Forschungsgruppe Wahlen). ZA-Nummern 11986, 11694, 9854, 10274
- Political Action 1974: Datensatz (Primärforscher: Allerbeck, Klaus/Barnes, Samuel H./Kaase, Max). ZA-Nummer 0757
- Wahlstudie 1969: Datensatz (Primärforscher: Kaase, Max et al.). ZA-Nummer 0525
- ZUMA-Standarddemographie: Kumulierter Datensatz (verschiedene zwischen 1976-1982 durchgeführte Umfragen, in denen die ZUMA-Standarddemographie zum Einsatz kam). ZA-Nummer 1233